

20 Nennungen des Stichwortes „Prävention“ im Regierungsprogramm der SPD

(1)

„Wir werden die Anstrengungen im Kampf gegen sexualisierte Gewalt bundesweit weiter vorantreiben. Zum Schutz gegen Mobbing müssen Eltern, Kinder und Beschäftigte in Bildungseinrichtungen für dieses Thema stärker sensibilisiert werden und **Präventionsmaßnahmen** in allen Altersstufen durchgeführt werden.“ (Seite 7)

(2)

„Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung. Die Vorbeugung von Krankheiten (**Prävention**) und die Rehabilitation beispielsweise nach einer schweren Erkrankung müssen im Rahmen dieser Planung gestärkt und auch die Pflege einbezogen werden. Wir brauchen darüber hinaus mehr Hausärztinnen und Hausärzte als heute, denn sie sind die erste Anlaufstelle im Krankheitsfall.“ (Seite 31)

(3)

„Wir werden Maßnahmen zur **Prävention** in Kita, Schule, Betrieben und Pflegeeinrichtungen unterstützen und ein Programm „Gesunde Stadt“ auflegen. Es soll eng mit dem Programm „Soziale Stadt“ verknüpft werden und besonders Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels und sozialer Ungleichheit fördern.“ (Seite 32)

(4)

„Mit dem Rentenpaket und der Flexi-Rente haben wir in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt, dass nach 45 Versicherungsjahren dauerhaft ein Renteneintritt ab dem 65. Lebensjahr sowie flexiblere Übergänge zwischen Erwerbsleben und Ruhestand ermöglicht werden. Dafür haben wir auch Maßnahmen der **Prävention** und Rehabilitation gestärkt. Diesen Weg wollen wir auch weiterhin verfolgen.“ (Seite 35)

(5)

„Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen. Wir wollen, dass sich unsere Behörden konsequent der Alltagskriminalität annehmen – durch mehr **Prävention** und effektive Strafverfolgung.“ (Seite 53)

(6)

„Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und **Prävention**: Mit einem Dreiklang aus Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe haben wir die Basis geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Der nächste Schritt muss eine stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa sein.“ (Seite 54)

(7)

„Mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir weiter zusammenarbeiten. Wir stärken die gute Beratungs- und **Präventionsstruktur** vor Ort und sorgen frühzeitig dafür, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalieren. Hasspropaganda im Netz werden wir durch alternative Botschaften entgegentreten.“ (Seite 55)

(8 - 11)

„Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die **Präventionsarbeit** ausweiten. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg der Vorbeugung führen wir fort. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört Deradikalisierung. Darum werden wir mit einem Gesetz zur Demokratieförderung und **Extremismusprävention** die Strukturen der **Präventionsarbeit** langfristig sichern. Darüber hinaus werden wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und in der **Präventionsarbeit** umsetzen.“ (Seite 55)

(12)

„Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll bereits in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und **Extremismusprävention** beginnen. Das ungebrochen große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfüllt uns mit Stolz. Wir wollen die Arbeit der Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen.“ (Seite 59)

(13)

„Mit einem Bundesförderprogramm setzen wir die erforderlichen Maßnahmen im Hilfesystem in Gang. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen wir zudem ein **Präventionsprogramm**. Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention überwachen.“ (Seite 64)

(14)

„Zugleich muss die Außenpolitik der EU auf die Stärkung des Völkerrechts und die Wahrung der Menschenrechte, starke internationale Institutionen und auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Zivile Maßnahmen und Mittel der **Gewaltprävention** und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang.“
(Seite 77)

(15 - 16)

„Für die SPD ist klar: Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile **Krisenprävention** und Krisenmanagement bleiben Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik. Die SPD hat die professionellen Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung maßgeblich geprägt, unter anderem durch das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), den Personalpool ziviler Fachkräfte und den Zivilen Friedensdienst (ZFD). Wir wollen zivile Krisen- und **Konfliktprävention** weiter stärken und substanzieller ausstatten – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.“ (Seite 80)

(17)

„Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und Entwicklungspolitik so deutlich wie in fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme Unterentwicklung oft Hand in Hand gehen. Zivile **Krisenprävention**, Mediation, Konfliktnachsorge und Stabilisierung müssen daher dauerhaft gestärkt werden.“ (Seite 80)

(18)

„Im Gegenteil: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für **Krisenprävention**, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden.“ (Seite 83)

(19)

„Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte bei **Konfliktprävention** und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im Vordergrund, die gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt werden können.“ (Seite 83)

(20)

„Die Globalisierung lässt sich nur mit starken Partnern gestalten. Dazu gehören handlungsstarke Regierungen und eine aktive Zivilgesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unser Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern. Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armuts- und Hungerregionen ausrichten. Über 800 Millionen Menschen sind davon weltweit betroffen. Wir wollen dazu beitragen, den Menschen im globalen Süden Lebensperspektiven aufzubauen und zu sichern. Damit leisten wir einen Beitrag zur **Konfliktprävention** und helfen, dass Menschen in ihrer Heimat Perspektiven finden.“ (Seite 85)